

2

**Schweizerische Botschaft
Washington**

Washington, den 30.9.1993
KN/bwt-cstl.az

**Jahrestagung der Bretton Woods Institutionen (BWI) und Ministertreffen der G-10
Washington, 25. bis 30. September 1993**

1. Vom 25. bis zum 30. September fanden in Washington D.C. die Jahrestagung der Bretton-Woods Institutionen (BWI), das Ministertreffen der G-10 sowie die Tagungen des Interimsausschusses und des Entwicklungsausschusses statt. **Bundesrat O. Stich** leitete die Schweizer Delegation, der auch SNB-Präsident M. Lusser, die Staatssekretäre F. Blankart und U. Gygi sowie Botschafter W. Fust angehörten. Am Rande der Konferenzen führte Bundesrat Stich bilaterale Gespräche mit den Delegationen der Stimmrechtsgruppe sowie mit verschiedenen Finanzministern anderer Länder. BR Stich unterbrach seinen Aufenthalt in Washington und machte einen Abstecher nach New York, wo er vor dem Swiss-American Chamber of Commerce einen Vortrag hielt. Das Referat fand vor dem repräsentativen Publikum der Schweizer Geschäftswelt in New York grossen Anklang.

2. Am 25. September leitete Bundesrat Stich eine Sitzung der Schweizer **Stimmrechtsgruppe**, an welcher die Interventionen im Interimsausschuss und im Entwicklungsausschuss besprochen wurden. Die zwei Schweizer Exekutivdirektoren D. Kaeser (IWF) und J.-D. Gerber (Weltbank) berichteten über ihre Tätigkeit seit der letzten Jahrestagung. In seiner Intervention unterstrich der **polnische Finanzminister J. Osiatynski**, dass neben der finanziellen und technischen Hilfe an die Länder in Transition in erster Linie der Handel wichtig sei, unter dem Motto: "aid is good - trade is better". Er unterstützte sowohl die Erneuerung der ESAF (Enhanced Structural Adjustment Facility) als auch die Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR). Osiatynski meinte abschliessend, dass die neue Parlamentszusammensetzung in Polen keine Aenderung am Prinzip des marktwirtschaftlichen Ansatzes zur Folge haben werde.

3. Die **Finanzminister und die Notenbankgouverneure der G-10** tagten am 26. September unter dem Vorsitz von US Treasury Secretary L. Bentsen. Die Gruppe verabschiedete den Bericht des Vorsitzenden der G-10 Stellvertreter und liess sich über die Arbeiten der OECD-Arbeitsgruppe Nr. 3 informieren. Der **Managing Director des IWF. M. Camdessus** nahm zu den Traktanden des Interimsausschusses Stellung und plädierte vehement zugunsten einer Erneuerung der ESAF, der Fazilität des Fonds für die ärmsten Entwicklungsländer. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die benötigten 5 Mrd SZR zur Erneuerung des Fonds sowie die 1.5 Mrd SZR zur Zinssubventionierung zusammengebracht werden könnten. Er warnte, dass ohne eine Erneuerung der ESAF der IWF seine Aufgabe in Afrika nicht wahrnehmen könne. Die ESAF-Erneuerung muss bis spätestens Ende November 1993 abgeschlossen sein. Camdessus redete auch der vorgeschlagenen **Neuverteilung von SZR** das Wort und meinte, das Ziel jener Übung müsse es sein, die insgesamt 38 Länder, die an der letzten Zuteilung (1980/81) nicht teilhaben konnten, von der Neuzuteilung profitieren zu lassen. Der Versuch der schwedischen Delegierten, das siebenzeilige G-10 Pressecommuniqué mit einem Appell in Sachen Uruguay-Runde zu verstärken, wurde vom Vorsitzenden im Keime erstickt.



3

4. Anschliessend an das Treffen der G-10 versammelte sich der **Interimsausschuss (IC)** unter dem Vorsitz des belgischen Finanzministers Ph. Maystadt. Dem im Jahre 1974 gegründeten Ausschuss gehören die 24 Länder an, die einen Exekutivdirektor im IWF stellen. Die Tagesordnung des IC enthielt folgende Themen:

'World Economic Outlook', Erneuerung der ESAF, Neuausgabe von SZR sowie die Rolle der neuen Systemsübergangsfazilität für die Reform der ehemaligen Planwirtschaften.

Zur **Wirtschaftslage** und deren Aussichten drückte der IC seine Besorgnis über die anhaltenden unbefriedigenden Wachstumsraten vor allem in den Industrieländern, die hohen und zunehmenden Arbeitslosenraten und den sich abzeichnenden Protektionismus aus. Man war sich darüber einig, dass vieles zu tun bleibt ("much needs to be done"). Offen blieb die Frage, von wo der Stimulus für den Wirtschaftsaufschwung kommen sollte. Angesichts der grossen Budgetdefizite kann von der Fiskalpolitik nicht viel erwartet werden. Eine allgemeine Lockerung der Geldpolitik ist wegen der Inflationsgefahr auch nicht angezeigt. Somit bleiben nur mittelfristig wirksame, strukturpolitische Massnahmen (Arbeitsmarkt und Handelsliberalisierung) übrig. Das IC sprach sich auch zugunsten einer stärkeren Ueberwachung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedländer aus.

Was die **ESAF** angeht, hat das IC die IWF-Mitgliedländer aufgerufen, die Weiterführung des Programms sicherzustellen. Der Exekutivrat ist beauftragt worden, einen Rahmen auszuarbeiten, sodass die ESAF auch nach dem 30. November 1993 eingesetzt werden kann.

Eine **Neuverteilung von SZR** konnte erwartungsgemäss nicht beschlossen werden, da die 85%-Mehrheit nicht erreicht worden wäre. Immerhin wurde der Exekutivrat beauftragt, die Angelegenheit nochmals zu prüfen, insbesondere in bezug auf die Länder, die noch nicht in den Genuss einer Neuzuteilung gekommen sind, und dem IC an der Frühjahrestagung Bericht zu erstatten.

Die **Schweizer Stimmrechtsgruppe**, die am IC einer Jahrestagung zum ersten Male als Vollmitglied teilnahm, wurde von **Bundesrat O. Stich** geleitet.

Zum Thema '**World Economic Outlook**' hob BR Stich die insgesamt hohe wirtschaftliche Dynamik der Entwicklungsländer hervor. Viele unter ihnen ernten heute die Früchte von makroökonomischer Stabilisierung und struktureller Reform. Weiterhin in einer schwierigen Lage befänden sich aber die ärmsten Entwicklungsländer. Die Aussichten in bezug auf die Arbeitslosigkeit sei besorgniserregend. Hohe Arbeitslosigkeit könne dem Protektionismus Auftrieb verleihen. BR Stich rief daher die Entscheidungsträger auf,

- die Uruguay-Runde mit einem umfassenden Paket von Massnahmen zur Liberalisierung des Handels abzuschliessen,
- der Beseitigung der strukturellen Haushaltsdefizite eine hohe Priorität einzuräumen und
- eine stabilitätsorientierte Geldpolitik zu betreiben.

Die Schweizer Delegation sprach sich - unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch das Parlament - zugunsten eines Nachfolgemechanismus der ESAF aus.

4

Bundesrat Stich unterstützte die Neuverteilung von SZR in der Höhe von 36 Mrd. SZR. Dies nicht zuletzt mit Blick auf die zentralasiatischen Mitgliedsländer unserer Stimmrechtsgruppe.

5. Der **Entwicklungsausschuss** tagte am 27. September. Die Schweizer Stimmrechtsgruppe wurde von **Staatssekretär F. Blankart** geleitet, der von Botschafter W. Fust begleitet war. Die wichtigsten Traktanden bildeten a) die Erfahrungen mit den Anpassungsprogrammen in den ärmsten Ländern und b) die Reform der Sozialversicherungssysteme und die "social safety nets" in den Transitionsländern. Ueber die Debatte im Entwicklungsausschuss ist separat berichtet worden.

6. An der Vollversammlung appellierte **Weltbankpräsident Preston** an die Anwesenden, sich verstärkt für eine anhaltende Entwicklung (sustainable development) einzusetzen. Diese könne nur erreicht werden, wenn der **Privatsektor seinen Beitrag leiste**. Die öffentliche Hand müsse die Infrastruktur bereitstellen und weitere wichtige Rahmenbedingungen (Umweltbereich und Sozialwesen) sicherstellen. Eine vermehrte Beachtung müsse auch der Erziehung und der Gesundheit beigemessen werden. Schliesslich sei aber eine anhaltende Entwicklung nur möglich, wenn die Bevölkerung zur aktiven Partizipation motiviert werden kann. Der **Managing Director des Währungsfonds, Camdessus**, rief zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Rahmen des Währungsfonds auf und forderte eine intensivere Ueberwachung der Wirtschaftspolitiken der (wichtigsten) Mitgliedsländer. Wie bereits in früheren Stellungnahmen unterstrich er die Bedeutung des Handels: "Trade comes first". Um die Arbeitslosenrate nicht noch höher steigen zu lassen, seien Reformen der Arbeitslosenversicherungen und Verbesserungen in der Ausbildung wichtig. Die Rigiditäten müssten abgeschafft werden. In der Fiskalpolitik bleibt die erste Aufgabe der mittelfristige Abbau der Budgetdefizite. Camdessus wiederholte auch in der Vollversammlung die Notwendigkeit eines ESAF-Nachfolgeinstruments und plädierte für die Neuzuteilung von SZR.

Bundesrat Stich zog in seiner **Ansprache vor dem Plenum** eine positive Bilanz für das erste Jahr der Schweizer Mitgliedschaft bei den Bretton Woods Institutionen. Er begrüßte ausdrücklich die Schaffung der Systemübergangsfazität durch den IWF, bedauerte aber auch, dass die angesprochenen Länder von der Fazilität bis jetzt noch wenig Gebrauch gemacht haben. Was die Weltbank angeht, zeigte sich BR Stich u.a. über die eingeführte neue Informationspolitik sowie auch über den Beschluss, eine unabhängige Inspektionseinheit zu schaffen, die im Bedarfsfall die Einhaltung der Bankregeln und Prozeduren überprüft. Die Hauptaufgabe der Bank bestehe darin, dort eine Führungsrolle zu übernehmen, wo die Privatwirtschaft aus Risikoüberlegungen noch nicht einsteigen will. Die Herausforderung bleibt somit - trotz der erzielten Erfolge - sehr gross.

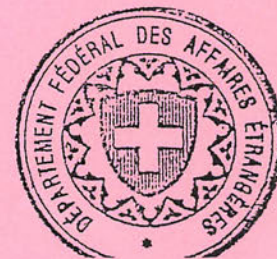
Der schweizerische Botschafter



Carlo Jagmetti

CHIFFRE

Dies ist eine chiffrierte Meldung. An Dritte, d.h. ausserhalb der Bundesverwaltung dürfen Angaben über den Inhalt nur in Form von Auszügen erfolgen. Weiterleitungen per Fax dürfen nur innerhalb des 322-er Netzes gemacht werden.



- 1. Okt. 1993 10 25

SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT - AMBASSADE DE SUISSE
AMBASCIATA DELLA SVIZZERA - AMBASCHADA DA LA SVIZRA
WASHINGTON

FAX (202) 387 25 64 - TEL (202) 745 79 00

Bundesamt für Aussenwirtschaft

00o. 799.20 BAW

EE

TELEFAX fürs EDA

R - 1. OKT. 1993

Deckblatt

Ort

Datum und Zeit

Priorität

Washington, den

30. September 1993

Normal Urgent Flash

<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

Anzahl Seiten, inkl. Deckblatt: ...4..

offen

chiffriert

Klassifikation:

Ref.: bwi-ch58 - KN

Nr.:

2BRK0 254

CHIFFRE

Jahresversammlungen der Bretton Woods Institutionen in Washington, 25. bis 30. September 1993

für EDA - Telegrammdienst, mit Bitte um Verteilung an:

EDA - Sekretariat Bundesrat F. Cotti

EDA - Staatssekretär J. Kellenberger

EDA - DEH, Direktion

EDA - FuW

EDA - Information und Presse (für Info. hebdom. normales)

EVD - Sekretariat Bundesrat J.-P. Delamuraz (fax)

EVD - BAWI, Staatssekretär F. Blankart

EVD - BAWI, Entwicklungsdienst

EVD - BAWI, Gatt-Dienst

EVD - BAWI, USA-Dienst

EFD - Sekretariat Bundesrat O. Stich (fax)

EFD - Finanzverwaltung (fax)

SNB - Zurich, Generaldirektion (Kwie)

Schweizerische Botschaft in Moskau (Kwie)

Kopie ging direkt an:Botschaften in Bonn, London, Ottawa, Paris, Rom, Tokio, Brüssel, ~~Moskau~~, Warschau

Mission in Brüssel, Delegation OECD in Paris

ED Kaeser (IWF), ED Gerber (Weltbank)